

Deputation für Bildung			
Sitzungsprotokoll der 22. Sitzung (staatlich)			
18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015			
Sitzungstag 06. März 2014	Sitzungsbeginn 15:30 Uhr	Sitzungsende 16:45 Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.02.2014
- TOP 3 Abschlüsse in der Inklusion Vorlage L95/18
- TOP 4 Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes Vorlage L96/18
Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im
Sexualkundeunterricht
- TOP 5 Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und anderer Vorlage L97-18
Schulrechtlicher Bestimmungen *(ausgesetzt)*
- TOP 6 „Bremer Vereinbarungen“ – Plenum der Partner am 24.02.2014 Vorlage L98/18
- TOP 7 Produktplan Bildung Vorlage L99/18
Produktbereichscontrolling 13. Monat 2013 und G112/18
Jahresabschluss des Haushalts 2013
- TOP 8 Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur Vorlage L100/18
2012/2013“ G113/18
Investitionsprojekt „Beschleunigung der Umsetzung der Inklusion *(abgesetzt, Behand-*
im Schulbereich“ *lung der Vorlage in*
(Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresbericht *städtischer Sitzung)*
des Rechnungshofs 2012)
- TOP 9 Verschiedenes

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Es besteht Einvernehmen, das „Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes“, TOP 5 der Tagesordnung, auszusetzen und in einer Sondersitzung der Deputation Ende März auf die Tagesordnung zu nehmen.

Hinweis: Am Ende der Sitzung der Deputation für Bildung – städtisch – wurde als Termin für die Sondersitzung der Deputation für Bildung – staatlich – Freitag, der 28.03.2014, 14.00 Uhr, festgelegt.

Des Weiteren solle der TOP 8 ebenfalls von der Tagesordnung genommen werden, da er ausschließlich ein städtisches Thema behandle.

Die Deputation für Bildung genehmigt die Tagesordnung nach Maßgabe dieser Änderungen einstimmig.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.02.2014

Beschluss (einstimmig):

Die Deputation für Bildung genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 13.02.2014.

TOP 3 Abschlüsse in der Inklusion

L95/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt erläutert die mit der vorgelegten Verordnung neu geschaffenen Möglichkeiten für Schüler/-innen mit Förderbedarf, im Rahmen der inklusiven Beschulung schulische Abschlüsse zu erreichen. Man müsse sich nun im Rahmen der Kultusministerkonferenz auf den Weg machen, um bundesweit entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Herr Dr. vom Bruch sieht in der Verordnung auch die Wertschätzung für die inklusive Beschulung und erklärt die Zustimmung zur Vorlage. Herr Güngör bedankt sich für die Vorlage und weist auf die darin zum Ausdruck kommende Vorreiterrolle Bremens bei der inklusiven Beschulung hin. Der am 12.06.2014 tagende Deputationsausschuss Inklusion und sonderpädagogische Förderung sich in jedem Falle mit dem Entwurf befassen. Frau Dogan begrüßt die geschaffenen Möglichkeiten ebenfalls und weist auf die insgesamt positive Entwicklung hin, in der auch die Werkschule eine wichtige Rolle spiele.

Herr Nelson beantwortet Fragen der Deputierten in Bezug auf die differenzierten Wege zu einem Abschluss bzw. zur Zertifizierung der erreichten schulischen Leistungen.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung (staatlich) nimmt die Entwürfe der geänderten Verordnungen gemäß Anlagen 1 bis 4 zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 4 Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes - Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht **L96/18**

Frau Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf und erläutert den weiteren Gang des Verfahrens. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen werde im Falle einer entsprechenden Beschlussfassung der Deputation im Anschluss zur Beratung in zweiter Lesung an die Bürgerschaft gehen. Für die Befassung in der Deputation werde nur eine geringfügige textliche Änderung vorgeschlagen.

Herr Dr. vom Bruch weist darauf hin, dass mit dem Entwurf der Koalitionäre nur noch eine Information der Eltern vorgesehen sei. Es sei erforderlich, den Entwurf vor der zweiten Behandlung in der Bürgerschaft noch mit den Betroffenen zu erörtern. Deshalb werde sich die CDU-Fraktion hier zunächst enthalten. Herr Fecker begründet die mit dem Gesetzentwurf intendierte Änderung und begrüßt die bisher insgesamt sehr sachlich geführte Debatte. Herr Rupp gibt zu Protokoll, dass seine Fraktion die Vorlage für richtig halte und ihr deshalb zustimmen werde. Herr Güngör erklärt, man könne der Bitte um weitere Erörterung vor der 2. Lesung entsprechen, dies müsse dann auf Ebene der Fraktionen erfolgen.

Beschluss:

Dafür: 9 (SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE)

Enthaltung: 3 (CDU)

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht zur Kenntnis und beschließt das Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes „Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht“ (Drucksache 18/1178) in der als Anlage beigefügten Fassung in zweiter Lesung.

TOP 5 Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und anderer schulrechtlicher Bestimmungen

L97/18

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen und soll in einer Sonder-Deputationssitzung am Freitag, dem 28.03.2014, 14.00 Uhr, behandelt werden.

TOP 6 „Bremer Vereinbarungen“ – Plenum der Partner am 24.02.2014

L98/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert die Berichterstattung, die dem Plenum der Bremer Vereinbarung vorgelegt wurde.

Frau Böschen berichtet von der Erläuterung des Themas im Gleichstellungsausschuss vom Vortag. Darin sei auch zum Ausdruck gekommen, dass in der Vorlage der Gender-Bezug vermisst werde. So sei zwar die Erreichung der Zielzahlen bei der Ausbildung durchaus erfreulich, die Entwicklung bei der Teilzeitbeschäftigung, die besonders Frauen betraf, bliebe aber hinter den Erwartungen zurück. Es habe Einvernehmen bestanden, die Bremer Vereinbarungen um die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau als 19. Partner zu erweitern. Frau Schön bedankt sich für die Vorlage, weist aber darauf hin, dass es mehr darauf ankomme, die vorliegenden Zahlen einzuschätzen und Schlüsse daraus zu ziehen. So seien zwar viele Ausbildungsplätze geschaffen worden, jedoch im gleichen Zeitraum mehr Ausbildungsplätze verloren gegangen. Dies betreffe besonders den Bereich der Handelskammer. Herr Rupp erklärt, er vermisse ebenfalls den Gender-Blick und schließe sich den Ausführungen von Frau Schön auch im Hinblick auf die Ausbildungsplatzbilanz an. Zwar werde viel unternommen, der gleichzeitige Abbau von Ausbildungsplätzen sei aber nicht hinnehmbar. Auch die Zahl der jungen Menschen, die „verloren gingen“ sei noch viel zu hoch. Herr Dr. vom Bruch weist auf den seiner Meinung nach dramatisch schlechten Übergang in duale Ausbildung nach der 10. Klasse hin. Das Übergangssystem sei an dieser Stelle kein Ersatz für das duale Ausbildungssystem. Die Anstrengungen zur Berufsorientierung müssten deshalb intensiviert werden. Frau Dogan weist auf die in Bremen und Bremerhaven unterschiedliche Entwicklung hin. Bremerhaven sei besonders durch einen Mangel an Ausbildungsplätzen betroffen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass es erstmals gelungen sei, in großem Umfang differenziertes Zahlenmaterial vorzulegen. Mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sei eine gute Ausarbeitung der Daten und mehr Transparenz erreicht worden. Es sei aber unstrittig, dass durch die vorgelegten Zahlen Fragen entstünden und deutlich werde, an welchen Stellen Handlungsbedarf bestehe.

Frau Mausolf erläutert die für Bremerhaven mitgeteilten Zahlen im Übergang in die duale Ausbildung, die aufgrund eines Zahlendrehers in der Berichterstattung nicht so dramatisch seien wie vermutet. Bei den neuen Vereinbarungen werde besonderes Augenmerk auf das Übergangssystem und auf die Situation der sog. „Altbewerber“ gelegt. Herr Nelson berichtet ergänzend von den Fortschritten bei der Umsetzung der 2012 neu konzipierten Berufsorientierung

Herr Frost stellt ebenfalls fest, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in Bremerhaven nicht signifikant zurückgegangen sei. Trotzdem sei es die Frage, ob es insgesamt ausreichend Ausbildungsplätze gebe. Die geplante Jugendberufsagentur könne ein geeignetes Instrument sein, um die Anstrengungen zu verstärken.

Herr Rupp stellt fest, dass sich die Wettbewerbssituation bei kleinen und mittleren Betrieben verschlechtert habe und daher weniger ausgebildet werde. Frau Schön merkt an, dass die Jugendberufsagentur zwar ein geeignetes Instrument sei Kräfte zu bündeln, aber noch keine Ausbildungsplätze schaffe. Es sei vor allem Aufgabe der Handelskammer, neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Herr Dr. vom Bruch betont, dass das Übergangssystem zu wertvoll sei, um eine Warteschleife zu sein. Es gebe nach wie vor eine zu hohe Zahl von Jugendlichen, die verloren gingen. Die Wirtschaft sei an ihre Ausbildungspflicht zu erinnern.

Frau Senatorin Quante-Brandt erklärt, sie habe den Eindruck, dass die Wirtschaft ihren Auftrag sehr wohl kenne. Wichtig sei auch, realistische Erwartungen an die Auszubildenden zu stellen. Gleichwohl sei die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen und die Anschlussfähigkeit des Übergangssystems an das duale und das vollschulische System Themen, denen man sich zukünftig widme. Grundsätzlich sei es eine gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten, mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung (staatlich) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 7 Produktplan Bildung

Produktbereichscontrolling 13. Monat 2013 und Jahresabschluss des Haushalts 2013

L99/18 – G112/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. vom Bruch und Herrn Rupp nach der Erzielung der veranschlagten Einnahmen führt Herr Staatsrat Kück aus, dass die Einnahmeerwartungen seitens der Senatorin für Finanzen aus Sicht des Bildungsressorts zu hoch gewesen seien. Der Anschlag sei insbesondere deshalb nicht erreicht worden, da sich weniger Gast Schüler/-innen angemeldet hätten.

ten. Auf Nachfrage von Frau Böschen erläutert Herr Staatsrat Kück, es gebe zurzeit noch keine Verabredung zur Anpassung des Gastschulgeldes mit Niedersachsen, die Gespräche würden aber geführt. Auf Nachfrage von Herrn Rupp gibt Frau Moning eine Aufschlüsselung der einzelnen Beträge und erläutert deren Veranschlagung sowie tatsächliche Vereinnahmung. Auf Nachfrage des Personalrates Schulen Bremerhaven erläutert Herr Staatsrat Kück, dass die Gastschulgelder mit den Zuschüssen aus Bremen in gleicher Höhe gegengerechnet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung (staatlich) nimmt den Controllingbericht und den Jahresabschluss 2013 zur Kenntnis.

TOP 8 Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur 2012/2013“ Investitionsprojekt „Beschleunigung der Umsetzung der Inklusion im Schulbereich“ (Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresbericht des Rechnungshofs 2012) L100/18 – G113/18

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung der Deputation – staatlich – genommen, da die Vorlage ausschließlich ein städtisches Thema betrifft.

TOP 9 Verschiedenes

- Der Bericht „EU-Programm Erasmus+“ wird vorgelegt. Herr Dr. vom Bruch bittet um Vorlage eines Berichts in der Deputation, wie konkret eine Teilnahme bzw. die Umsetzung des Programms geplant sei.
- Der Ergebnisvermerk des Ausschusses für Berufliche Bildung der Deputation für Bildung wird vorgelegt.
- Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht zur Umsetzung des LRS-Erlass durch die Schulen.
- Frau Dogan bittet um Vorlage eines Sachstandsberichts zur Unterrichtsversorgung im 2. Schulhalbjahr in Bremerhaven.
- Herr Staatsrat Kück trägt vor, dass eine Einigung mit der Senatorin für Finanzen hinsichtlich der Besoldungsanpassung der Grundschulleitungen gegeben habe. Das Gesetz hierzu werde nun von Finanzen erarbeitet und solle zum 1.9. 2014 in Kraft treten.

- Weiter erklärt Herr Staatsrat Kück, dass der von der Bremischen Bürgerschaft an die Deputation für Bildung überwiesene Antrag zur Ganztagschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven vor der Sommerpause in der Deputation für Bildung diskutiert werden solle.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Bildung – staatlich – um 16:45 Uhr.

Senatorin

Sprecher

Protokollantin